

Sozialvereine sehen Arbeit bedroht

Stadt Hanau soll freiwillige Leistungen nicht kürzen

lu. HANAU. Die mit dreieinhalb Stellen ausgestattete Aids-Hilfe in Hanau berät und betreut Erkrankte sowie deren Angehörige in der Stadt Hanau und im Main-Kinzig-Kreis. Die Finanzierung erfolgt nach Angaben ihres Leiters Burkhard Huwe zur Hälfte über Spenden, den Rest teilen sich die Stadt Hanau und der Kreis, außerdem zahlen auch die Krankenkassen in einigen Fällen etwas dazu. Wenn Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) die Ankündigung wahr macht, nach der Genehmigung des Haushalts für das Jahr 2014 sämtliche freiwillige Leistungen der Stadt um 20 Prozent zu kürzen, dann hätte das laut Huwe einschneidende Folgen für die Aids-Hilfe Hanau.

Nach seiner Berechnung würden statt bisher 600 Beratungsstunden im Jahr nur noch 480 Stunden angeboten werden. Weniger Hilfesuchende könnten berücksichtigt werden und auf einen Termin müsste lange gewartet werden. Auch andere private Träger von sozialen Angeboten fürchten um die Qualität ihrer Arbeit durch die Verwirklichung der Sparpläne und fordern die Stadt auf, keine Kürzungen von Zuschüssen von Sozialvereinen und -organisationen vorzunehmen.

Zu Wort gemeldet haben sich jetzt sieben Einrichtungen, deren Verträge mit der Stadt überwiegend zum Jahresende auslaufen. Betroffen davon ist auch die

Selbsthilfekontaktstelle (Sekos) Hanau, die eine Anlaufstation für alle Selbsthilfegruppen in der Stadt darstellt. Sie informiert über die Aktivitäten der Gruppen, bietet ihnen die Nutzung ihres Büros an und sorgt dafür, dass sie miteinander in Kontakt kommen. Außerdem steht Sekos als Verbindungsglied zu hauptamtlichen Fachstellen zur Verfügung.

Die Sekos, die einen Großteil ihrer Arbeit mit ehrenamtlichen Kräften abdeckt, leidet nach den Worten ihres Leiters Hubert Reuter ohnehin unter Finanznot. Eigentlich sei seit langem eine Erhöhung der städtischen Unterstützung – 25 000 Euro im Jahr – notwendig. Nun müsse man im Gegenteil mit 5000 Euro weniger kalkulieren. Dieser Einschnitt bedrohe die Arbeit nicht nur der Sekos, sondern auch von Einrichtungen wie Pro Familia, der Hanauer Hilfe, die sich um Verbrechensopfer kümmert, der Selbsthilfegruppe Frauen helfen Frauen oder der Stiftung Lichtblick, die unter anderem eine Tafel für Bedürftige unterhält.

Mit Bangen habe man schon zuvor der Zukunft entgegengesehen, weil Kürzungen der Zuschüsse um fünf Prozent mit Auslaufen der Verträge angekündigt gewesen seien, sagt Constanze Sartori von Pro Familia. Dass es nun 20 Prozent werden sollen, habe sie bei den jährlichen „Auswertungsgesprächen“ mit Verwal-

tungsmitarbeitern über die Leistungsvereinbarungen erfahren. Diese Nachricht habe sie schockiert. Wie sich das genau auf die Arbeit auswirken werde, könne sie jetzt noch nicht sagen, doch wie bei den anderen Beratungs- und Hilfsorganisationen seien Einschränkungen bei den Öffnungszeiten wahrscheinlich. Damit gingen natürlich auch längere Wartezeiten für die Hilfesuchenden einher.

Die Notwendigkeit von Einsparungen im Haushalt, um die Schutzschirm-Vereinbarungen mit dem Land Hessen einzuhalten, will Reuter nicht von der Hand weisen. Bei den sieben aktuell zusammengeschlossenen Gruppen summierten sich die Kürzungen allerdings nur auf rund 30 000 Euro. Mit solch einer Summe lasse sich der Haushalt nicht sanieren, für die einzelnen Betroffenen könne der jeweilige Unterstützungsbetrag aber überlebenswichtig sein. An die Stadt appellieren die Gruppen, möglichst bald zu einem Gespräch mit Sozialdezernent Axel Weiss-Thiel (SPD) einzuladen. Dabei wollen sie ihn davon überzeugen, die geplanten Zuschusskürzungen nicht zu verwirklichen. Darüber, ob bei anderen Einrichtungen und Vereinen, etwa für die Kinder- und Jugendarbeit, gekürzt werden solle, will man sich nicht äußern. Man spreche nur für sich und wolle die Einrichtungen nicht gegeneinander ausspielen.